



**Änderungsantrag zu der zweiten
Beratung des Gesetzentwurfs der
Bundesregierung -19/4672, 19/5415,
19/5647 Nr. 13, 19/6153- Entwurf
eines Gesetzes zur Ergänzung der
Regelungen über die zulässige
Miethöhe bei Mietbeginn und zur
Anpassung der Regelungen über die
Modernisierung der Mietsache
(Mietrechtsanpassungsgesetz –
MietAnpG)**

**Parlamentarische Initiativen von Caren Lay, Gesine Löttsch,
André Hahn, Gökay Akbulut, Lorenz Gösta Beutin, Heidrun
Bluhm-Förster, Jörg Cezanne, Kerstin Kassner, Sabine Leidig,
Ralph Lenkert, Michael Leutert, Amira Mohamed Ali, Niema
Movassat, Victor Perli, Ingrid Remmers, Martina Renner,
Friedrich Straetmanns, Kirsten Tackmann, Andreas Wagner,
Hubertus Zdebel, 29. November 2018**

**29.11.18 - Änderungsantrag - Drucksache
Nr. 19/6157**

Seit einem halben Jahr streitet die Große Koalition

über ihre Mietrechtsreform. Doch selbst die minimalen Verbesserungen an der Mietpreisbremse, zu denen sich Union und SPD durchgerungen haben, sind schon bald hinfällig. Denn in neun von dreizehn Bundesländern, in denen die Mietpreisbremse gilt, läuft sie schon im Jahr 2020 aus. Wenn es die GroKo mit ihrer Reform ernst meint, muss die Mietpreisbremse entfristet und die Verlängerung der Landesverordnungen zugelassen werden. Stichwort zum Änderungsantrag: Miethöhe und Modernisierung

Herunterladen als PDF

Hier spricht die Opposition

Den Newsletter *Hier spricht die Opposition* erhalten Sie wöchentlich per E-Mail – der bequemste Weg, immer aktuell informiert zu sein über die Aktivitäten und Initiativen unserer Fraktion. Abonnieren Sie jetzt!